

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1907

116 (27.4.1907) Drittes Blatt

Karlsruher Tagblatt.

Nr. 116. Drittes Blatt.

Samstag, den 27. April

(Folgt ein viertes Blatt.) 1907.

Amtliche Bekanntmachung.

Nr. 3426. Die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen betreffend.

Am 1. Mai d. J. treten die Bestimmungen der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Cigarren bestimmten Anlagen in Kraft.

Gemäß § 10 dieser Bekanntmachung hat der Arbeitgeber für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

1. Die Arbeiter dürfen nicht auf den Fußboden ausspucken.
2. Die Arbeiter dürfen Cigarren nicht mit dem Munde bearbeiten und die Cigarrenmesser nicht mit Speichel befeuchten.

In den zu erlassenden Vorschriften ist vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können.

Ist für den Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 134 a der Gew.-O.), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Dies erfolgt zweckmäßig in Form eines Nachtrags zur Arbeitsordnung, der mit dem Datum des Erlasses und Inkrafttretens und mit der Unterschrift des Arbeitgebers versehen, dem Großh. Bezirksamt unverzüglich zur Prüfung einzureichen ist.

Karlsruhe, den 16. April 1907.

Großh. Fabrikinspektion.

Bittmann.

Nr. 27 535. II. Dies bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 24. April 1907.

Großh. Bezirksamt.

Arnsperger.

Dankfagung.

Von Ihrer Hochgeborenen Frau Gräfin von Rhena erhielten wir für unsere Anstalt die reiche Gabe von 100 Mark, für welche wir unseren ehrerbietigsten Dank aussprechen.

Das Komitee für das Asyl und Erziehungshaus Scheibhardt.

Stand der Badischen Bank am 23. April 1907.

Activa.			Passiva.		
Metallbestand	9 073 475	14	Grundkapital	9 000 000	—
Reichskassenscheine	11 275	—	Reservefonds	2 237 018	06
Noten anderer Banken	3 583 650	—	Umlaufende Noten	22 604 500	—
Wechselbestand	17 410 979	19	Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	9 705 733	03
Lombard-Forderungen	10 134 155	—	An eine Kündigungsfrist gebd. Verbindlichkeiten	—	—
Effekten	2 088 521	79	Sonstige Passiva	598 956	63
Sonstige Activa	1 844 151	60			
	M. 44 146 207	72		M. 44 146 207	72

Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Inlande zahlbaren Wechseln M. 545 870.—

Wohnungen zu vermieten.

Sommerstraße 6 ist eine schöne Mansardenwohnung von 2 Zimmern, Küche und Keller auf 1. Juli zu vermieten. Näheres Morgenstraße 27, parterre.

Werderstraße 62 im 2. Stock links ist eine Wohnung von 3 Zimmern und Zubehör für 880 Mark jährlich auf 1. Juli zu vermieten.

Bähringerstraße 40 ist im 2. Stock eine schöne Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst Zubehör, auf 1. August zu vermieten. Näheres parterre rechts.

Mugartenstraße 85

sind zwei schöne 3 Zimmerwohnungen auf 1. Juli d. J. zu vermieten. Näheres Unionbrauerei, A.-G.

5 Zimmerwohnung

mit Zubehör auf 1. Juli zu vermieten. Näheres Durlacher Allee 22, 4. Stock links.

Eisenlohrstraße 30

sind schöne

6 Zimmerwohnungen

sofort oder später zu vermieten.

Näheres im Hause.

*3.1.

Kaiserstraße 137, 3. Stock,

sind auf sofort oder später

4 Zimmer, 2 Mansarden und reichlichem Zubehör, vollständig neu hergerichtet 3 Zimmer, 1 Mansarde, Küche und Keller, im Seitenbau, ganz neu hergerichtet, nur an ruhige Leute zu vermieten.

Näheres bei S. Rosenbusch.

Werderstraße 40

ist eine schöne 2 Zimmerwohnung mit Zubehör sofort oder auf 1. Juli zu vermieten. Näheres Unionbrauerei, A.-G.

Butligstraße 5

ist der 3. Stock, bestehend aus 4 Zimmern, Bad und Zubehör, der Neuzeit entsprechend, auf 1. Juli oder später zu vermieten. Näheres daselbst, parterre.

Hochherrschastliche Wohnung

Moltkestraße 37, parterre, auf sofort zu vermieten, enthaltend 7-9 Zimmer, reichliches Zubehör, Zentralheizung, elektrisches Licht etc. Zu erfragen Steinstraße 23, Architektur-bureau.

8.1.

Steinstraße 2

ist der 1. Stock von 5 Zimmern und Zubehör auf 1. Juli zu vermieten. Näheres im 2. Stock. *

Zimmer zu vermieten.

* Kronenstraße 47, 3. Stock, sind per 1. Mai ein möbliertes Zimmer mit 1 Bett, sowie ein Zimmer mit 2 Betten zu vermieten.

* Freundlich möbliertes Zimmer, nach der Straße gehend, mit 1 oder 2 Betten, an einen soliden Arbeiter oder ein Fräulein sofort oder später sehr billig zu vermieten: Bähringerstraße 25, 3. Stock.

* Wohn- und Schlafzimmer, fein möbliert, mit Balkon, oder ein fein möbliertes, einzelnes Zimmer, sofort beziehbar, zu vermieten. Näheres Friedenstraße 27, eine Stiege hoch, freie, hübsche, ruhige Lage.

Schützenstraße 10

ist im 4. Stock ein freundlich möbliertes, auf die Straße gehendes Zimmer auf 1. Mai zu vermieten.

Ludwig-Wilhelmstraße 5

sind im 4. Stock 2 möblierte Zimmer an anständige Herren oder Fräulein zu vermieten. *

20 000—30 000 Mark

auf prima II. Hypothek zu 5% per 1. Juli gesucht. Offerten unter Nr. 3008 an das Kontor des Tagblattes erbeten.

Darlehen-Gesuch.

2.1. Praktischer Arzt mit guter Praxis sucht auf kurze Zeit ein Darlehen von 1600 Mk. gegen prima doppelte Bürgschaft. Hohe Verzinsung und pünktliche Rückzahlung garantiert. Offerten unter Nr. 3006 im Kontor des Tagblattes abzugeben.

U.S. Köchinnen, Zimmermädchen,

so wie Mädchen, welche etwas kochen können, finden hier und auswärts jederzeit gute Stellen. Näheres durch Frau Urban Schmitt

Witwe, Haupt-Zentralbureau, Erbprinzenstr. 27, Eing. Bürgerstr. Geogr. 1879. *3.1.

Tüchtiges Mädchen

mit guten Zeugnissen sofort in kleine Familie gesucht. Auskunft Wörthstraße 7, parterre.

Katholisches, braves Mädchen per 1. Mai gesucht: Schützenstraße 30, parterre. *

Junge Frau

wird für einige Stunden (vor- und nachmittags) für häusliche Arbeiten gesucht: Werderstraße 87, parterre.

Schneider-Gesuch.

Lüchtige, erstklassige Rockarbeiter außer dem Hause für dauernd gesucht. 2.1.

B. Bang, Hoflieferant.

Tapezier-Lehrling

kann eintreten bei

Sebastian Münch,
Tapezier und Dekorateur,
Leffingstraße 33.

*2.1.

Einige Arbeiter

finden noch dauernde Beschäftigung. Zu erfragen im Kontor des Tagblattes.

Hausdiener,

welcher stadtkundig ist und gute Zeugnisse besitzt, wird gesucht bei

Aug. Sauertwein, Kürschnermeister,
Kaiserstraße 170.

Zwei solide Fuhrleute

können sofort eintreten bei Herrn Maas, Durlacher Allee 27.

Beschäftigungs-Gesuche.

* Eine reinliche Frau sucht Beschäftigung im Waschen und Putzen. Zu erfragen Karlstraße 37, Hinterhaus im 2. Stod.

* Eine alleinlebende Frau empfiehlt sich im Waschen und Putzen und zur Aushilfe in Wirtschaften zum Geschirrwaschen. Zu erfragen Morgenstraße 12 im Laden.

Handwerker-Schutzverein, e. V.,

Institut für Betreibung von Forderungen, Auskünfte und Inkasso. Beitrag vierteljährlich 1 M. Alles Nähere im Geschäftsbureau, Marktgrafenstraße 41 im 2. Stod.

Hund,

kleiner Pinscher, hellbraun und langhaarig, hat sich verlaufen. Gest. abzugeben: Waldstraße 6 IV. *

Forderung

von ca. 14 000 Mark, hypothekarisch gesichert, sofort zu verkaufen. Offerten unter Nr. 3007 an das Kontor des Tagblattes erbeten.

Wegen Geschäftsaufgabe zu verkaufen:

Gobelbänke mit Werkzeug, Furnierböde, Zinkzulagen, Schraubzwinge, Gehrungsschneide- und Kropflade, Schmirgelschleifstein, ein starker Hand-Bierrad sowie ein Zweiradwagen, eine beinahe noch neue wasserdichte Wagenbede, 5x3 m groß, und Verschiedenes. Näheres Werberplatz 39 im 2. Stod.

Ladeneinrichtung

für Kolonialwarengeschäft ist billig zu verkaufen. Zu erfragen Viktoriastraße 19 I.

Sportliegwagen.

* Ein noch gut erhaltener Sportliegwagen ist billig zu verkaufen: Augartenstraße 54 im 3. Stod rechts.

Alte Bronzen.

Zwei Leuchter (Ludwig XV.), sowie eine prachtvolle Sever-Vase, tadellos, zu verkaufen: Blumenstraße 10, 2. Stod. Anzusehen von 11 bis 3 Uhr. 2.1.

Nestkauffchilling

von 7000 Mark zu verkaufen. Nur Selbstkäufer wollen sich melden. Agenten verboten. Offerten unter Nr. 3016 an das Kontor des Tagblattes erbeten. 2.1.

Herd,

Größe 88x62 cm, mit Kupferschiff und Messingstange, sowie 1 Gasherd mit 3 Flammen sind wegen Verletzung preiswert zu verkaufen: Klauyrechtstraße 1 II. *2.1.

Badewanne,

gebrauchte, billig abzugeben: Akademiestraße 16, Blechnervwerkstätte.

Eine neue Schlafzimmer-Einrichtung

mit Schücherei, bestehend aus 2 hellen Bettladen, 2 Nachttischen mit Marmorplatten, 1 zweifach. Spiegelschrank mit Kristallglas, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Toilettespiegel, 1 Handtuchständer, zu dem spottbilligen Preis von 350 Mark zu verkaufen. Das Zimmer ist hell, nußbaum und kann auf Wunsch zurückgestellt werden. Näheres Waldstraße 22 im Laden. *

Sportwagen

ist billig zu verkaufen: Leffingstraße 3a, Seitenbau, 4. Stod. *

Abbruch.

* 4 Schaufenster, 1,6 x 2,7 m, mit Rolläden, zu verkaufen: Kaiserstraße 67 im Ubrnladen.

Hund-Verkauf.

*2.2. Ein großer, raffener Colli (Rübe), sehr wachsam, 2 Jahre alt, ist zu verkaufen. Sägewerk Reuschler in Ettlingen.

Konditorei

Fr. Nagel, Waldstrasse 43

empfehl während der Spargel-Saison täglich frisch: 10.2.

Fleischpastetchen p. Stück 12 ₰

Ragoutpastetchen p. Stück 15 ₰

Brieschenpastetchen p. St. 25 ₰

Bestellungen bitte rechtzeitig zu machen.

1177 Telephon 1177.

Stadtfüche

Inhaber: K. Michenfelder,

Küchenmeister,

Kronenstraße 6, parterre,

übernimmt

Dejeuners, Diners, Soupers,

gleich welcher Personenzahl,

Hochzeiten, Bälle

und sonstige Festlichkeiten.

Lieferung einzelner Platten

(kalt und warm),

Anfertigung von Vereins- und

Ausstellungstischen

unter Aufsicherung feinsten Zubereitung und dekorativer Ausstattung.

Aushilfe im Kochen.

Chice

3.3.

Herren-Krawatten

Frühjahrs-Neuheiten

empfehl in grosser Auswahl

M. Günther

Spezialhaus für Herren-Artikel

Kaiserstrasse 114

zwischen Wald- und Herrenstrasse.

Ziehung 4. bis 7. Mai.

Geldlotterie

zum Besten des Blindenheims Weimar.

3333 Gewinne zus. Mk.

45.000.—

1. Haupt-Gew. M. 20,000 } bar ohne Abzug.
M. 5,000 }

dann usw. 13.10.

MannheimerMaimarktlotterie

Ziehung 8. Mai.

2000 Gew. M. 50,000 W.

Tiergewinne mit 80 resp. 75%,

Silberpreise voll zahlbar.

Lose à 1 Mk., 11 St. 10 Mk.

Carl Götz, Bankgeschäft, Karlsruhe,

J. Antweiler, E. Dahlemann, G. Graf,

J. Jung, L. Michel, K. Morlock, P. Roth,

G. Schneider, H. Vogel, E. Wegmann,

Chr. Wieder und Filialen, C. Zachmann.



Schwarzwaldverein.

(Sektion Karlsruhe.)

Sonntag, den 28. April 1907

Ausflug:

Baden — Badener Höhe — Herrenwies (M.) Obertal.

Abfahrt 6³¹ Uhr.

Mundvorrat!

Polizeibericht.

Karlsruhe, 26. April.

Anfangs dieses Monats kamen aus einem Hausgange in der Stefanienstraße ein Lawn-Tennis-Metz, 2 Schläger und 6 Bälle im Werte von 50 M. abhanden. — Am 23. d. M. wurden aus einer Mansarde in der Kronenstraße 1 Ueberzieher, 2 Joppen-Anzüge und 1 Paar Schnürschuhe im Gesamtwerte von 73 M. gestohlen. — Aus einem unverschlossenen Zimmer eines Gasthauses in der Amalienstraße stahl am 24. d. M. ein Unbekannter eine goldene Damen-Uhr, eine goldene und eine Double-Halskette und ein Armband aus silbernen 20 Pfennigstücken im Werte von 90 M. — Der 22 Jahre alte stellenlose Schreibgehilfe Max Beckert aus Oberrotweil führte sich vor einigen Monaten bei einem Spezialehändler in der Südstadt als Referendar ein, versprach bald seiner Tochter das Heiraten und besorgte die schriftlichen Arbeiten, wobei er in den letzten Tagen aus einem Schreibsekretär 800 M. stahl. Nachdem der dringend verdächtige B. vorläufig festgenommen war, machte er auch bald ein Geständnis und es wurden noch 500 M., die er bei einem Baum an der Spohnstraße verlockt hatte, wieder beigebracht. Die restlichen 300 M. will er verbraucht haben. — In letzter Zeit wurden hier eine größere Anzahl von Mansardeniebstählen verübt und es wurden als dringend verdächtig 1. der 19 Jahre alte Tagelöhner Joh. Spanier von hier, 2. der 19 Jahre alte Bäcker Jos. Reiter aus Böllersbach, und 3. der 20 Jahre alte Maler Albert Reiß aus Käferthal vorläufig festgenommen. Die Verhafteten, die einiger Diebstähle überführt sind, setzten das Gestohlene ab und es bürkten die Käufer kaum eine Ahnung davon gehabt haben, daß die Gegenstände von Diebstählen herührten. Nachdem aber die Erwerber gestohlener Sachen von der Festnahme der Verdächtigen und dem wahren Sachverhalt Kenntnis erlangt, werden sie in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, gestraft zu werden, daß sie der Polizei davon Anzeige erstatten und dort das Gestohlene bezw. Gekaufte zur Abgabe bringen.

[9] III.

Karlsruher Bürgerausschuß.

Sitzung vom Mittwoch, 24. April 1907, nachmittags 1/4 Uhr.

Anwesend 107 Mitglieder.

Oberbürgermeister Siegrist eröffnet die Sitzung, auf deren Tagesordnung als erster Punkt die Beratung des Gemeindevoranschlags steht.

Der Oberbürgermeister gibt einen Überblick über die Finanzlage, indem er zunächst hervorhebt, daß die Umlage von 40 % auf 50 %, also um 25 Prozent steige. Es sei für einen neuen Oberbürgermeister nicht gerade die angenehmste Aufgabe, seine Tätigkeit mit einer derartigen Umlage-Erhöhung beginnen zu müssen. Es dürfte nicht wenigen Mitgliedern des Bürgerausschusses diese Umlageerhöhung einigermaßen überraschend gekommen sein. Er habe daher den Herren Stadtverordneten schon vor der Sitzung eine schriftliche Darstellung der Umstände, die zur Umlageerhöhung führten, zugehen lassen. Hierauf nimmt der Oberbürgermeister alsdann Bezug und teilt ferner mit, daß auch eine eingehende Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt und ihrer Unternehmungen in Arbeit ist, die sich an die Arbeit des verstorbenen Herrn Oberbürgermeisters Schneckler vom Jahre 1892 anschließen und auf die dazwischen liegende Zeit ausdehnen. Diese Arbeit werde nunmehr in Druck gelegt und in Kürze den Mitgliedern des Bürgerausschusses zugehen, weshalb er sich weiteren Ausführungen über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt und ihrer Unternehmungen vorerst enthalten wolle. Der Umlagefuß sei im wesentlichen deshalb so hoch gestiegen, weil die Deckungsmittel des Vorjahres bedeutend hinter den Deckungsmitteln zurückgeblieben seien, die aus dem Jahre 1905 in das Jahr 1906 übernommen werden konnten, nämlich um 461 000 M. Zu diesem Rückgang habe ohne Zweifel die Ermäßigung der Umlage von 43 % auf 40 % im Vorjahre beigetragen; hätten wir die Umlage von 43 % im Vorjahre beibehalten, so würde die Erhöhung im laufenden Jahre höchstens 4 % betragen, die Steuerzahler könnten sich aber damit einigermaßen trösten, daß sie diese 3 % bisher in ihrer Tasche behielten, um sie jetzt allerdings in doppelter Maße herzugeben. Oberbürgermeister Siegrist hielt aber dieses Verfahren nicht für empfehlenswert, glaubt vielmehr, daß es sowohl im Interesse der Umlagezahler wie auch der Stadtverwaltung gelegen sei, Schwankungen des Umlagefußes möglichst zu vermeiden und begründet unter Aufführung der verschiedenen Umlagesätze der Vorjahre die Ansicht, daß bei einem Umlagefuß von etwa 45 % alle größeren Schwankungen vermieden worden wären. Man sei hier von auch bei Aufstellung des diesjährigen Voranschlags und bei Berechnung der Umlage ausgegangen und wolle für die Zukunft ähnliche Sprünge des Umlagefußes infolge Rückgangs der Deckungsmittel vermeiden. Redner dankt sodann der Prüfungskommission der Stadtverordneten, daß sie diese Gründe gebilligt und dem Antrag des Stadtrats auf 50 % Umlage ihre Zustimmung erteilt habe. Mitbestimmend für die befolgte Taktik war auch die für 1908 bevorstehende Aenderung des Steuersystems. Durch die Einführung des Vermögenssteuergesetzes sei auch eine wesentliche Aenderung in der Gemeindebesteuerung bedingt. Die vorläufige, allerdings teilweise auf Schätzungen beruhende und daher noch unverbindliche Feststellung der Verhältnisse habe ergeben, daß, falls die Vermögenssteuer jetzt schon in Kraft wäre, die an umlagepflichtigen Steuerkapitalien auf mehr als den doppelten Betrag gestiegen wären. Von dem diesjährigen ungedeckten Aufwand von 2 274 278 M hätte das Liegenschaftsvermögen 890 330 M gegen 698 763 M, also 27 Prozent mehr, das Kapitalvermögen 365 000 M gegen 297 000 M, also 23 Prozent mehr aufzubringen. Diese Mehrbelastung komme in erster Linie dem gewerblichen Vermögen zugute, das nach dem diesjährigen Voranschlag 501 603 M, nach der Vermögenssteuer nur 315 560 M, also 37 Prozent weniger aufzubringen hätte. Alsdann würde auch die Einkommensteuer eine Entlastung von etwa 9 Prozent erfahren. In der Hauptsache sei daher der Liegenschaftsbesitz — darunter zum weitaus größten Teil allerdings der unbebaute Grundbesitz — von der Mehrbelastung getroffen. Auch aus diesem Grunde müsse vorsichtig zu Werke gegangen werden, denn das Liegenschaftsvermögen werde zweifellos auch von der Staatsbesteuerung mehr ergriffen werden wie bisher.

Oberbürgermeister Siegrist berührt sodann den außerordentlichen Aufwand der Stadt, der im Voranschlag ja nicht erscheine. Das letzte Anlehen wurde 1903 aufgenommen und habe 10 Millionen Mark betragen, von denen die letzte Rate mit 2 Millionen Mark 1905 ausgegeben worden sei. Die Unzulänglichkeit der Anlehensmittel habe schon Ende 1906 461 000 M betragen, wozu noch 517 500 M für Tilgung der Straßenbahnanleihe, deren Schuldverschreibungen noch nicht vollständig vorgelegt wurden, sowie 4 1/2 Millionen Mark für bereits genehmigte Restkredite von den Vorjahren kommen. Der Anlehensbedarf beziffere sich daher anfangs 1907 auf 5 1/2 Millionen Mark, zu denen sich noch ein weiterer Bedarf von 2 Millionen Mark für das laufende Jahr hinzugeselle. Spätestens im nächsten Jahr müsse daher ein Anlehen aufgenommen werden, inzwischen behelfe man sich mit schwebenden Darlehen.

Der Schuldenstand der Stadt betrug nach dem Vorbericht des Voranschlags am 1. Januar 1907 36 424 819 M am gleichen Tag des Vorjahres 37 691 500 M

was einer Abnahme von 1 266 681 M gleichkommt, dagegen ist eine schwebende Schuld von 2 Millionen Mark vorhanden, auch würde der Marktpreis für die Maxaubahn mit etwas über 3 Millionen Mark bereits eingezehrt, weshalb die Verschlechterung

nahezu an 4 Millionen Mark beträgt. Außerdem mußten kleinere Schulden von Rintheim und Ruppurr übernommen werden.

Im Voranschlag für das laufende Jahr sind für die Verzinsung der fundierten Schulden 1 181 699 M der übrigen Schulden 99 544 M

zusammen 1 281 243 M

für die ordentliche Tilgung 597 644 M, zur außerordentlichen Tilgung 52 704 M, also zusammen für Verzinsung und Tilgung der Schuldenlast 1 931 591 M enthalten, während der durch Umlagen aufzubringende ungedeckte Aufwand 2 274 278 M, also 342 687 M mehr beträgt. Im Vorjahre waren die Verhältnisse wesentlich günstiger, da der Bedarf an allgemeiner Umlage um 103 448 M unter dem damaligen Aufwand für Verzinsung und Tilgung der Schulden mit 1 884 356 M bleiben konnte. Die allzugünstige Beurteilung der Finanzlage erfahre unter diesen Verhältnissen eine gewisse Korrektur. Allerdings sei auch das Kapitalvermögen der Stadt und damit dessen Ertrag gewachsen. Im Voranschlag 1906 waren an solchem nur 1 574 175 M aufgeführt, während 1907, abgesehen von den besonderen Einnahmen aus Fonds, Kaufschillingen und anderen Forderungen 2 992 363 M erscheinen. Die Vermehrung, welche von der Einberleibung der Gemeinden Beiertheim, Rintheim und Ruppurr herrühre, werde aber nur eine vorübergehende sein, da die Stadt diese Vermögensbestände leider nicht erhalten könne, dieselben vielmehr zur Erfüllung der ihr in den nächsten Jahren bevorstehenden großen Aufgaben benötige.

Oberbürgermeister Siegrist geht sodann dazu über, diese zukünftigen Ausgaben aufzuführen. Hierunter sei wohl die Einführung der Schwemmanifstation mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen Mark am kostspieligsten. Allerdings werde durch die Erhebung einer Gebühr, die wesentlich geringer sein dürfte, als die bisherigen hohen Abfuhrkosten, einiger Ersatz für die Ausgabemehrung geschaffen. Ferner belasten die städtischen Finanzen der nächsten Jahre die Erweiterung und Verlegung des Gaswerks, sowie der Umbau des Schlacht- und Viehhofes um je etwa 1 1/2 Millionen Mark, es seien ferner die Betriebsanlagen der Straßenbahn zu erweitern, hierzu komme noch der Ausbau des Straßenbahnnetzes; es werde dem Bürgerausschuß wohl zu seiner nächsten Sitzung eine Vorlage wegen der Weiterführung der Straßenbahn nach der Südstadt zugehen können; auch zum neuen Bahnhof seien Linien zu bauen. Alsdann erweisen sich die Werkstätten am Rheinhafen bereits zu klein, das Nordbeden müsse in nächster Zeit gebaut werden, für die Volksschulen sind weitere Schulhäuser zu erstellen, insbesondere in Ruppurr herrsche Mangel an Schulplätzen, die höhere Mädchenschule sei nunmehr in drei Schulgebäuden untergebracht, der Gewerbeschulneubau werde dringend nötig, auch für die kaufmännische Fortbildungsschule müßten passende Räume beschafft werden. Neben den bereits im Prinzip genehmigten Aufwendungen für eine Ausstellungshalle und Konzerthalle erfordern alsdann noch die Anlagen von Straßen und der Erwerb von Gelände anlässlich der Bahnhofsverlegung große Opfer seitens der Stadt. Allen diesen Unternehmungen könne sich die Stadt nicht entziehen, sie kosten meistens hohe Summen, bringen größtenteils nichts ein oder schmälern doch die Ertragnisse der einzelnen Betriebe.

Wenn all dies, wie bisher, aus Anlehensmitteln bestritten werde, so sei auch fernerhin mit einer jährlichen Vermehrung der Schulden um 3—4 Millionen Mark zu rechnen, während jährlich nur 650 000 bis 700 000 M getilgt werden. Gegenüber dieser starken Steigerung der Schuldenlast müsse Redner hervorheben, daß nach dem Voranschlag derzeit von den gewerblichen Betrieben nur noch das Gaswerk und das Wasserwerk Reinerträge abliefern, während die übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen, wie die Straßenbahn, der Rheinhafen und das Elektrizitätswerk Zuschüsse erfordern. Das mahne zur Vorsicht, es müsse darnach gestrebt werden, daß wenigstens die Straßenbahn und das Elektrizitätswerk halb die aufgewendeten Kosten decken.

Oberbürgermeister Siegrist macht sodann darauf aufmerksam, daß zu allem im Jahre 1910 der Wegfall des größten Teils der Verbrauchssteuereinnahmen mit einem Einnahme-Ausfall von 250 000 M hinzukomme, was eine Steigerung der Umlage bei dem derzeitigen Steuerkapital um 6 % bedeute. Hiernach müsse die Stadt sich nach neuen Einnahmequellen umsehen, dürfe solche jedenfalls nicht von der Hand weisen. So habe die Stadt Mannheim die Einführung einer Wertzuwachssteuer für die Gemeinden von unbebauten Grundstücken angeregt. In dieser Beschränkung wäre die Einführung dieser Abgabe wohl nur zu begrüßen. Sie bestünde schon in zahlreichen preußischen Städten mit günstigem Erfolg und auch in Hessen und Elsaß-Lothringen sei man ernstlich an ihre Einführung herangetreten.

Die früher angeführten Bedenken hätten sich im wesentlichen auf die bebauten Grundstücke bezogen.

Zum Schluß gibt Redner seiner Anschauung Ausdruck, daß im ganzen und großen die Finanzlage der Stadt zu irgend welchen ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß biete. Trotz der Erhöhung der Umlage habe nur eine badische Stadt, Freiburg, das 40 % erhebe, einen niedrigeren Umlagefuß. Eine Stadt, Pforzheim-Alttadt, stehe gleich, alle übrigen aber stellten höhere Anforderungen an die Umlagezahler. Es komme aber nicht allein auf den Umlagefuß, sondern vor allen Dingen auch auf die Leistungen der Stadt an und da könne Karlsruhe einen Vergleich mit den anderen Städten wohl aushalten, wenn es auch seine Unternehmungen nicht mit der Opulenz eines reichen Erben ausstatten könne, sondern sich mit der Einfachheit und Solidität eines Mannes, der sich im Schwitze seines Angesichts durch seiner Hände Arbeit zu einem behaglichen Dasein empore

gearbeitet hat, begnügen müsse. Halte die friedliche Entwicklung der letzten 35 Jahre an, was zu hoffen und zu wünschen sei, so werde die Karlsruher Stadtverwaltung auf der vorhandenen Grundlage auch fernerhin mit Erfolg an ihren Aufgaben, die ja ausschließlich auf kulturellem und sozialem Gebiet liegen, weiter arbeiten können. (Beifall.)

Stadtv.-Obmann Dr. Goldschmidt: Die vorgeschlagene Umlagerhöhung auf 50 % gegenüber 40 % des Vorjahres sei umso überraschender gekommen, als man im vorigen Jahr scheinbar im Geld geschwommen habe, obwohl man große Summen für Festlichkeiten und für die Gründung eines Wohltätigkeitsfonds ausgegeben habe. Die Gründe dieser unerwarteten Aenderung seien aber ohne weiteres aus der vom Oberbürgermeister in seinem schriftlichen Vortrag an die Stadtverordneten aufgestellten Tabelle ersichtlich, nach der die Mehrausgaben und Mindereinnahmen zusammen 1 300 000 M., die Mehreinnahmen und Minderausgaben aber nur 953 000 M. betrügen. Die Differenz der beiden Summen mit 347 000 M. ergäbe, da ein Umlage-Pfennig 39 000 M. beträgt, etwa 11½ Umlage-Pfennige, wodurch ohne weiteres die Steigerung des Umlagefußes bedingt sei. Wenn man im einzelnen die Einnahmen der städtischen Betriebe nach den Rechnungsergebnissen der Jahre 1905 und 1906 vergleiche, so sehe man, daß beim Gaswerk, beim Elektrizitätswerk, Rheinhafen und bei den Verbrauchssteuern sich im Jahre 1906 das Mehr des Rechnungsergebnisses über den Voranschlag des gleichen Jahre gegenüber 1905 bedeutend verringert habe, während nur das Wasserwerk ein größeres Mehrerträgnis gegenüber dem Voranschlag im Jahre 1906 aufzuweisen habe. Nun sei allerdings der Stadtv.-Vorstand nicht wie der Herr Oberbürgermeister zum erstenmal in der Lage, eine Erhöhung des Umlagefußes beantragen zu müssen, da er ja schon länger da sei. Man sei vor Jahren schon einmal auf demselben Umlagefuß angelangt gewesen, sei dann allmählich heruntergegangen, und jetzt sprunghaft wieder auf dieselbe Höhe hinaufzugehen gezwungen. Die städtische Finanzpolitik werde darauf bedacht sein müssen, in Zukunft große Schwankungen möglichst zu vermeiden, doch sei sehr wohl zu beachten, daß wenn in günstigen Jahren viel Geld bei einer solchen Politik aufgespeichert werde, auch die Gefahr bestehe, daß gelegentlich zu viel ausgegeben werde. Die im Budget dargestellten Mindereinträge der städtischen Werke seien nun allerdings zahlenmäßig insofern zu hoch gegen früher, als nunmehr allgemein bei dem Ertrag der Werke beziehungsweise bei dem Zuschuß der Stadtkasse die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals berücksichtigt sei, und allgemein auch der Grundsatz durchgeführt wurde, daß in allen Betrieben entsprechende Rücklagen zu machen seien. Allerdings seien die in den Neben-Budgets der Betriebe eingefestigten Rücklagen bei dem Hauptvoranschlag dieses Jahr nicht vollständig berücksichtigt, vielmehr würden mit Rücksicht auf die Finanzlage über 200 000 M. dieser Rücklagen nicht gemacht. Künftighin müsse man aber dahin streben, das Budget so zu gestalten, daß die Stadtkasse die Rücklagen, wie sie die Betriebe in Rechnung gestellt, auch tatsächlich machen könne. Redner fragt sodann an, wie es mit der Durchführung des Statuts über das Schulwesen und der Einführung der Schwemmanalisation stehe. Einer Wertzuwachssteuer, wie sie jetzt auch seitens der badischen Städte eritrebt werde, stehe er nicht entgegen, sofern sie nur auf unbebautes Gelände gelegt werde.

Stadtv. Reimann gedenkt des verstorbenen Oberbürgermeisters und freut sich, daß dessen Nachfolger den Mut gehabt habe, die weniger günstige Lage des Budgets rücksichtslos klarzulegen. Auch er wünsche, daß künftighin Sprünge vermieden werden wie der jegliche, der allerdings nicht zu umgehen sei, und an dem zu einem Teil der Voranschlag des vorigen Jahres die Schuld trage. Genauen Beobachtern sei nicht entgangen, daß diese ungünstige Entwicklung eintreten werde, sie sei zu schließen gewesen nicht nur aus dem Abflauen der wirtschaftlichen Konjunktur, sondern sie ergäbe sich noch viel mehr aus den gesteigerten Ansprüchen, die auf allen Gebieten an Staat und Gemeinde gestellt würden. Die Finanzlage sei durchaus nicht rosig, der Schuldenstand sei hoch und es sei wohl zu prüfen, welche Ausgaben noch aus Anlehen gedeckt werden könnten. Wenn er auch kein Gegner der städtischen Anlehenspolitik sei, so sei doch auf diesem Gebiete Vorsicht nötig, und es wäre interessant zu wissen, wie sich das Vermögen zu den Schulden verhält. Die Kosten des Rathausumbaus und des Hauses Zähringerstraße 98 aus Anlehensmitteln zu bestreiten, sei nahe an der Grenze, wo die Verwendung von Anlehensmitteln sich verbiete. Man werde auch daran denken müssen, künftighin die Schulhausbauten auf laufende Mittel zu übernehmen. Durch die allgemeine Teuerung auf allen Gebieten seien die Beamten in den letzten Jahren in eine Notlage geraten, der sie wehrlos gegenüber stünden, und die baldige Abhilfe erheische. Daß die Stadt hier zunächst provisorisch für ihre Beamten Sorge, sei zu begrüßen, doch rechtfertige sich die verschiedene Behandlung der verheirateten und unverheirateten Beamten nicht. (Sehr richtig.) Große Aufgaben ständen der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren bevor, aber trotzdem sei auch angesichts der verschlechterten Finanzlage zu Befürchtungen kein Anlaß, denn es sei der Geist des Fortschritts, der diese Aufgaben verlange und finanziell werde es möglich sein, neue Steuerquellen zu erschließen. Abgesehen von der Vermögenssteuer, die nächstes Jahr schon zur Erhebung komme, sei namentlich die Einführung der Wertzuwachssteuer anzustreben. Alles in allem sei bei allem betrübenden in der inneren und auswärtigen Politik des deutschen Vaterlandes die Entwicklung der deutschen Städte ein Glanzpunkt.

Stadtv. Wölth tritt wie im Vorjahr dafür ein, daß die Schulhausbauten aus laufenden Mitteln bestritten werden. Die Erhöhung der Umlage auf 50 % sei unerwartet gekommen, man werde darauf bedacht sein müssen, die Umlage stetiger zu gestalten.

Stadtv. Kolb: Seine Fraktion habe nur einmal im Jahr bei den Voranschlagsberatungen Gelegenheit, ihre Beschwerden vorzubringen. Es sei immer noch nicht die Ungerechtigkeit beseitigt, daß sie, hinter denen die stärkste Wählerkraft stehe, eine Vertretung im Stadtrat und im Stadtv.-Vorstand nicht hätten. Auch heute habe man ungerechter Weise wieder seine Partei eines Vertreters im Bürgerausschuß beraubt, dadurch, daß man für einen verzogenen sozialdem. Stadtverordneten einen nationalliberalen gewählt habe. Es werde das zwar ihrem Einfluß nichts schaden, aber ihren Wählern zeigen, was sie von den übrigen Parteien zu halten hätten. Die vom Stadtrat im vorigen Jahr beschlossene Entziehung der Beträge, die dem Gewerkschaftskartell zu Bildungszwecken bisher überlassen wurden, sei durchaus unbegründet. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften habe sich nicht geändert wie der Stadtrat in seiner Begründung angegeben habe. Eine ungleiche Behandlung sei es auch gewesen, wenn man dem Gewerkschaftskartell den Stadtgarten nur unter der Bedingung überlassen habe, daß nicht mehr wie 4000 Personen Zutritt hätten, während bei sonstigen Gelegenheiten die Zahl der Besucher unbeschränkt sei. Bei den Reichstagswahlen seien durch städtische Diener Stimmzettel für den bürgerlichen Kandidaten verteilt worden, er frage an, was dem Oberbürgermeister davon bekannt sei. Zum Voranschlag habe er zu bemerken, daß seine Fraktion schon im Vorjahr gewarnt habe, mit den Umlagen herunterzugehen, die Erhöhung sei jetzt um so größer und ebenso die Unzufriedenheit in der Bürgerschaft. Die Stadt hätte ihre Finanzen auch erheblich bessern können, wenn sie gelegentlich auf geeignete Grundstücke rechtzeitig ihre Hand gelegt hätte. In den Betrieben aber müsse man geschäftsmäßig verfahren und namentlich bei dem Elektrizitätswerk mit dem Preis heruntergehen, nur dann würde es sich rentieren. Ein Privatwerk in Strahburg rentiere ausgezeichnet. Die Schiffsabgaben, gegen die der Stadtrat erfreulicherweise kräftig Front gemacht habe, würden dem Hafen großen Schaden bringen. Für Einführung einer Wertzuwachssteuer sei er selbstverständlich. Wenn die Kosten der projektierten Schwemmanalisation durch Gebühren, die die Hausbesitzer zu zahlen hätten, aufgebracht würden, so müsse man mit aller Energie dafür sorgen, daß nicht die Hausbesitzer, obwohl die Schwemmanalisation gegenüber dem heutigen Stand für sie eine Verbilligung bedeute, die Gebühren auf die Mieter überwälzen. Sodann frage er an, wie es mit der Schulgelddfrage stehe. Für die sogenannte Oberbürgermeisterpolitik sei er immer eingetreten, sie allein habe die Fortschritte auf allen Gebieten ermöglicht, und es sei besser, einen Bund voll Schulden zu haben, als ein kulturelles und soziales Defizit. Wenn die mit den 36 000 000 Schulden ins Leben gerufenen Betriebe rentieren, werde die Last leicht zu tragen sein. Die den Beamten und Arbeitern gewährte Aufbesserung sei eine erfreuliche Erscheinung, doch sei die Aufbesserung für die Arbeiter mit 10 und 20 % pro Tag nicht genügend. Mit 3 M. könne ein Arbeiter überhaupt nicht mehr existieren, und ein Minimallohn von 4 M. für gelehrte Arbeiter wäre nicht zu viel. Der Stadtrat anerkenne immer noch nicht die Organisation der städtischen Arbeiter, es sei endlich Zeit, daß er es unterlasse, durch Gründung von eigenen Organisationen sich in diese Dinge einzumischen. Die Arbeiter seien mündig und in der Lage, selbst für ihre Vertretung zu sorgen. Man habe ihm einen Vorwurf daraus gemacht, daß er neulich in einer Versammlung der städtischen Arbeiter gesprochen habe, es sei das in vielen Jahren das zweitemal gewesen, und er verstehe jenen Vorwurf absolut nicht, er habe auch nicht die Versammlung einberufen, sondern habe nur auf dringendes Bitten es übernommen, dort zu sprechen. So lange der Stadtrat sich weigere, mit dem Gemeindefreierverband zu verhandeln, und solange die Sozialdemokratie nicht im Stadtrat und im Stadtverordneten-Vorstand vertreten sei, könnten sie kein unbedingtes Zutrauen zur Stadtverwaltung haben.

Oberbürgermeister Siegrist: Der Vorwurf, daß die Sozialdemokratie nicht im Stadtrat und Stadtv.-Vorstand vertreten sei, richte sich doch wohl nicht gegen den Stadtrat, denn dieser wähle weder den Stadtv.-Vorstand noch die Mitglieder des Stadtrates. Er sei immer dafür gewesen, den Sozialdemokraten auch Sitz im Stadtrat zu gewähren, von ihm hänge aber dies nicht ab, und wenn die Sozialdemokratie sich über die Gründe besinne, warum sie dort nicht vertreten sei, so werde sie sich sagen müssen, daß ihr eigenes Verhalten ein gut Teil Schuld daran trage. Noch nie habe es der Stadtrat abgelehnt, mit dem Gemeindefreierverband zu verhandeln. Und es sei auch dagegen nichts gesagt worden, daß der Stadtv. Kolb in der neulich abgehaltenen Gemeindefreierversammlung gesprochen habe, nur dagegen habe er sich gewendet, daß in der Einladung zu jener Versammlung unwahre Angaben gemacht wurden über die Lohnverhältnisse bei der Stadt, und es sei bezeichnend, daß der „Volkstreund“, der diese unwahren Angaben wiederholte, seine Richtigstellung im Stadtratsbericht nur teilweise wiedergegeben habe.

In die Reichstagswahl habe er sich nicht eingemischt, und es seien auch nicht durch städtische Beamte Wahlzettel für den liberalen Kandidaten verteilt worden. Als diese Behauptung auftauchte, habe er Erhebungen veranstaltet, die aber nur ergeben hätten, daß im Gaswerk eine Anzahl für Arbeiter angekommene Briefe durch den Diener an diese verteilt wurden, in denen vermutlich Wahlrufe oder Aufrufe waren. Man hätte doch diese Briefe nicht unterschlagen dürfen. Wenigstens würde Herr Kolb dies sicher dann mißbilligt haben, wenn etwa Aufrufe für den sozialdemokratischen Kandidaten darin gewesen wären, was man ja nicht wissen konnte. Was das Stadtgartenfest des Gewerkschaftskartells betreffe, so habe er dem Stadtv. Willi, der damals zu ihm kam, alle vorgebrachten Wünsche erfüllt, und sich nicht wenig gewundert als

hinterher doch mit schweren Beleidigungen im Volksfreund gegen den Stadtrat losgezogen wurde. Daß der verantwortliche Redakteur deswegen in 2 Instanzen zu 800 M Geldstrafe verurteilt wurde, sei von Rechtswegen geschehen. Daß die Gewerkschaften sich selbst mit der sozialdemokratischen Partei solidarisch erklären, dafür führt Redner Beweise an durch Verlesung von Resolutionen und Zeitungsartikeln. Politische Vereine aber könne der Stadtrat nicht unterstützen, auch nicht zu Bildungszwecken. Der Bildungszweck sei auch durchaus nicht gestört worden, da die Kurse für die die Unterstufen geleistet wurden, auf Wunsch des Stadtrats von dem Volksbildungsverein fortgeführt wurden. Aber jetzt habe das Kartell plötzlich seinen Mitgliedern die Teilnahme an diesen Kursen versagt. Künftighin werde die Stadt diese Kurse selbst abhalten lassen und weiter ausbauen. Auf die Anfrage des Stadtvorstandes wegen des Ortsstatuts über das Schulwesen sei mitzuteilen, daß der Oberschulrat Ende Dezember vorigen Jahres verlangt habe, daß der Gehaltsstarif, der früher in das Ortsstatut aufgenommen war, auch jetzt wieder entgegen der Vorlage des Stadtrats in dieses aufgenommen werde. Dadurch würde erreicht, daß eine Erhöhung der Zuschüsse zu den Gehältern nur mit Zustimmung des Oberschulrats erfolgen könnte, da dann das Ortsstatut geändert werden müßte. Dagegen könnte eine Entziehung der Zuschüsse, da dieselben nach dem Ortsstatut freiwillige und widerrufliche Leistungen der Stadt sind, jederzeit ohne Zustimmung der Staatsbehörde erfolgen. In dem Statut sei auch gesagt, daß die Zulagen auch den einzelnen Lehrern gegenüber widerruflich seien, eine Änderung die rein äußerlich sei, und die den bestehenden Rechtszustand nicht alteriere, denn dieses Recht der Städte sei selbstverständlich und gesetzlich gewährleistet. Auch hieran habe er Oberschulrat Anstand genommen, der Stadtrat habe aber unter Verweisung auf die Ortsstatute anderer Städte an seinem Rechte festgehalten. Da eine endgültige Entschliebung des Oberschulrats noch nicht eingekommen sei und das Ortsstatut insoweit noch nicht angewendet werden konnte, habe man die Kinder des neuen Schuljahres nach Maßgabe des alten Ortsstatuts aufgenommen, die Schulgelderhebung aber einstweilen suspendiert. Das Projekt der Schwemmlanalisation sei schon vor bald 10 Jahren zur Genehmigung eingereicht worden, aber bis heute von den Staatsbehörden noch nicht verbeschieden. Im vorigen Jahre habe allerdings der Bezirksrat das Gesuch der Stadt genehmigt und dabei die Einsprache der Stadt Durlach als sachlich und rechtlich unbegründet verworfen. Durlach habe aber Rekurs eingelegt und verlangt, daß unser Gesuch nicht vor dem feineren verbeschieden werde. Das Ministerium wolle anscheinend auf dies Verlangen eingehen, obgleich die Karlsruher Sache durchaus spruchreif sei, während Durlach sich mit der Stadt Karlsruhe zunächst noch über seine Kanalisation zu verständigen habe. Eigentümlich sei, daß das Projekt der Stadt Durlach nach Angaben eines Beamten der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues bearbeitet sei, und daß dieselbe Behörde als Obergutachterin des Ministeriums in der Differenz zwischen Durlach und Karlsruhe wegen dieses Projektes tätig sei. Zu den Ausführung des Stadtv. Rehmanni sei auch er der Meinung, daß, je größer die Stadt werde, der Zeitpunkt um so näher rücke, indem man dazu übergehen müsse, Schulhäuser nicht mehr aus Anlehen, sondern aus Wirtschaftsmitteln zu bauen.

Stadtv. Emse: Die neue Einnahmequelle, die die Einführung der Wertzuwachssteuer brächte, sei umso erwünschter, als diese Steuer ganz unverdientes Einkommen treffen würde. Auch Berlin habe sich zu deren Einführung entschlossen, und Frankfurt habe in den letzten Jahren 5 Millionen Mark daraus herausgewirtschaftet. Bei der Vergebung der zahlreichen Arbeiten, die der Vorschlag mit sich bringe, möge man nur hiesige Handwerker berücksichtigen, und dabei auch für Einhaltung der Submissionsbedingungen sorgen.

Stadtv. Frühauß erklärt, die jetzige Finanzlage sei das Ergebnis der eigenen früheren Beschlüsse des Bürgerausschusses. Zu besonderer Vorsicht sei kein Anlaß. Karlsruhe habe kein verbrieftes Recht auf die niedrigste Umlage. Bei Einführung der Wertzuwachssteuer, die er empfehle, sei alles aufzubieten, um eine Abwälzung auf die Mieter zu verhindern. Die Einnahmen der städtischen rentablen Anlagen könnten noch gesteigert werden, z. B. beim Elektrizitätswerk, wo der Preis noch zu hoch sei und die Leistungsfähigkeit des Werks noch nicht erschöpft. Die billigere Abgabe des Lichts habe keinen Ausfall an Einnahmen ergeben. Auch bei den Tarifen der städt. Straßenbahn, zumal bei Ausdehnung nach der Südstadt, sei eine Verbilligung am Platz, da infolge der dann eintretenden stärkeren Benutzung sich die Reineinnahmen steigern würden. Er stehe ganz auf dem Boden der Oberbürgermeisterpolitik betreffs der Anlehen. Das Projekt der Schiffsabgaben sei ein ibrüchtes Unternehmen und entschieden zu bekämpfen, nachdem man hier große Kapitalien zur Verbesserung der Schifffahrt angewandt habe. Diejenigen, die sonst grundsätzlich für Verkehrserschwerungen eingetreten seien, brauchten sich jetzt nicht zu wundern, wenn man auch bei den Schiffsabgaben über ihre Einwände leicht hinweggehe. Die städtische Vorlage über die Beamtenaufbesserungen sei eine notwendige, immerhin aber doch fühlbare Maßregel mit der man den ernstlichen Willen gezeigt habe, dem Notstand insbesondere der Beamten niederen Grades zu steuern. Der Unterschied zwischen ledigen und verheirateten dürfe nicht zu einer dauernden Verwaltungsmaxime werden. Nachdem die Arbeiter in letzter Zeit zweimal mit außerordentlichen Zulagen bedacht worden seien, werden sie jetzt kaum mehr erwartet haben, als ihnen der Stadtrat mit seiner Vorlage bietet, nämlich, $\frac{1}{2}$ der Beamtenzulage. Die Beweise, für die Behauptungen des Stadtv. Kolb über den rückwärtigen Geist der Stadtverwaltung in der Arbeiterfrage ständen noch aus. Redner habe übrigens mit einer Ausnahme, wo ein entlassener Arbeiter

151111.

unter allen Umständen wieder eingestellt sein wollte, keine ernstliche Beschwerde von Arbeitern erhalten. Die hier vorgebrachte Beschwerde über zu lange Arbeitszeit der Gaswerksarbeiter sei sofort in ernstliche Behandlung genommen worden. Gewähre man den Arbeitern Beamtenrechte, wie Pensionsansprüche und Hinterbliebenenversorgung, so müßten sie auch die Beamtenpflichten, insbesondere hinsichtlich des Koalitionsrechts erfüllen. Gegenüber den unrichtigen Behauptungen der Sozialdemokratie bei Einberufung der Gemeindegewerkschaften sei etwas weniger Nervosität bei der Stadtverwaltung angebracht gewesen. Gegenüber dem Gewerkschaftskartell sei die Stadtverwaltung zwar formell richtig verfahren, dagegen sei die Notwendigkeit dieses Vorgehens hinsichtlich des Zuschusses zu den Kursen fraglich. Der Anregung auf Einräumung eines Stadtratsitzes an die Sozialdemokratie stattzugeben, sei ein Gebot der Gerechtigkeit und Klugheit.

Er erachte es als eine Ehrenpflicht unserer Stadt, dem Museum für tuberkulose Behandlung, das ein Dasein in Kellerräumen fristen solle, eine würdige Unterkunft zu gewähren, insbesondere auch wegen der erzieherischen Wirkungen die die dort gegebenen Darstellungen z. B. auch über den Mißbrauch des Alkohols ausübten.

Unbegreiflich sei, daß der Oberschulrat binnen 9 Monaten nicht Mittel und Wege gefunden habe, den Beschluß des Bürgerausschusses über Aufhebung des Schulgeldes zur Durchführung kommen zu lassen. Gegen die Verjüngung des Oberschulrats Einfluß auf die freiwilligen Zuschüsse der Stadt zu den Lehrergehältern zu gewinnen, müsse er energisch protestieren. Wenn die Staatsverwaltung, die in punkto Schulfachen große Sünden begangen habe, durch solche Mittel jetzt den Kontrast gegenüber den städtischen Maßnahmen zu verkleinern suche, so müsse dem entgegengetreten werden. Auf eine Eingabe der unständigen Lehrer vom vorigen Jahr an den Stadtrat wegen ihrer Gehaltsverhältnisse sei diesen bis heute noch kein Bescheid zugegangen. Zuruf des Oberbürgermeisters: Uns ist nichts davon bekannt! Gegenüber dem Stadtv. Rehmanni müsse er feststellen, daß die wirtschaftliche Konjunktur noch kein Absteigen bemerken lasse und wir uns insbesondere nicht am Beginn einer Krise befänden.

Stadtrat Dr. Fr. Weill erblickt in der Steigerung des Umlagefußes nicht Bedenkliches, allein die Mehrausgaben für Schulen, Beamte und Arbeiter müßten ihre Wirkung äußern. Auch früher sei die Situation nicht verkannt worden; er halte es immerhin für gefährlich, Umlagen auf Vorrat zu bewilligen, da sich dann von selbst die Neigung zu Mehrausgaben einstellen. Gegenüber anderen Städten sei Karlsruhe hinsichtlich der Einnahmen stiefmütterlich bedacht, immerhin habe er die Hoffnung auf einen Rückgang des Umlagefußes in 2-3 Jahren. Ohne die sogen. Oberbürgermeisterpolitik wären wir nie auf die Höhe der heutigen Entwicklung gelangt, eher hätte jene Politik früher einsehen sollen. Andererseits dürfe die Leistungsfähigkeit nicht über Gebühr angestrengt werden, sonst leiden darunter auch soziale und kulturelle Bedürfnisse. Redner verweist auf den Widerspruch in der Stellungnahme der Sozialdemokratie, die allen Ausgaben zustimme, wenn die Arbeiterklasse Vorteile davon habe, sofort aber Schwierigkeiten mache, wenn die Arbeiter auch nur mit einem minimalen Teil zu den Ausgaben herangezogen würden. Gegenüber der Wertzuwachssteuer müsse er sich, trotzdem er prinzipiell auch der Einführung derselben auf unüberbautes Gelände zustimme, etwas skeptisch verhalten. Bei Gebäuden sei der Begriff des unverdienten Wertzuwachses außerordentlich schwer festzustellen. Auf jeden Fall gebühre der Ertrag einer Wertzuwachssteuer der Gemeinde. Gegenüber den Ankündigungen des Stadtv. Kolb über die Angriffe auf die Stadtverwaltung habe man wirklich mehr erwartet als hier von ihm vorgebracht worden sei, zumal er am Schluß noch der Stadtverwaltung Anerkennung gezollt habe. Bei Ueberlassung des Stadtgartens an das Gewerkschaftskartell müsse man davon ausgehen, daß diese Ueberlassung ein Entgegenkommen der Stadtverwaltung gewesen sei. Hierauf habe aber der „Volksfreund“ dem Stadtrat die Fähigkeit abgesprochen, Gerechtigkeit walten zu lassen und ihm den Vorwurf der wissentlichen Begünstigung der Begüterten gegenüber den wirtschaftlich Schwachen gemacht. Eigentümlich berühre auch die Klage der Sozialdemokratie über den Vorbehalt des Stadtgartens für die höheren zahlungsfähigen Kreise, gerade bei diesem Anlaß, wo der Stadtrat dem Gewerkschaftskartell die Benützung des Stadtgartens unentgeltlich überlassen und erst das Gewerkschaftskartell für seine Zwecke die Eintrittstaxe erhoben habe. (Zuruf aus der sozialdemokr. Fraktion: Zur Kostenbedeckung!) Die Lage der städt. Arbeiter müsse übrigens doch nicht so schlimm sein, wenn dieselben noch Beiträge zum Gemeindegewerkschaftsverband zahlen könnten. Der vom Stadtv. Kolb vorgeführte Arbeiter mit 3 M Taglohn bilde doch eine Ausnahme! Gegenüber der Bemerkung des Stadtv. Frühauß über die bei der Stadtverwaltung anlässlich der Gemeindegewerkschaftsammlung zu Tage getretenen Nervosität müsse er feststellen, daß jene Versammlung durch einen auswärtigen Gauleiter einberufen worden sei, der die Tatsache, daß die Arbeiter bereits seit 1. März 1906 zweimal außerordentliche Zulagen erhalten hätten, entweder nicht gewußt oder in agitatorischer Weise absichtlich verschwiegen habe. Mit Ausnahme von Mannheim sei die Bezahlung der hiesigen Arbeiter tatsächlich die beste von allen badischen Städten. Wir haben hier gelernte Arbeiter mit einem Einkommen von 2000 M und ungelernete mit einem Einkommen von 1600 M. Wie viel Beamte seien geringer bezahlt! Die städtischen Arbeiter hätten neben dem Vorzug der Stetigkeit der Beschäftigung gegenüber den Arbeitern in Privatbetrieben doch noch eine Reihe von Benefizien. Die einzelnen städtischen Arbeitervereine die vom Stadtv. Kolb „Klim-Vereine“ genannt würden, hätten sich doch auch die Wahrung ihrer Interessen zur Aufgabe gemacht

und die vom Stadtv. Kolb beanstandeten Zuschüsse zu diesen Vereinen seien doch auch vom Bürgerausschuß bewilligt. Weil diese Arbeiterorganisationen nicht vom sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell patentiert und gesiegelt seien, befolge ihnen gegenüber die sozialdemokratische Fraktion den Grundsatz: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Ebenso erginge es der ordnungsgemäßen Vertretung der Arbeiter in den Arbeiterausschüssen, die nicht gewillt seien, sich unter die sozialdemokratische Parteifuchtel zu stellen. Der den Arbeiterausschüssen gemachte Vorwurf der Mutlosigkeit sei ganz unrichtig. Die Toleranz der Vorgesetzten gegenüber den Arbeitern in diesen Ausschüssen sei viel größer, als die von der Sozialdemokratie gewährleistet. Auch würden die Verhandlungen mit dem Gemeindegewerksverband nicht erleichtert, wenn der Stadtv. Kolb Vorträge halte, der den Arbeitern einerseits zu fremd und andererseits nicht vorurteilsfrei genug gegenüber stände. Durch den Mangel der Anerkennung seitens der Sozialdemokratie dürfe man sich aber nicht abhalten lassen, auf dem Wege sozialen Fortschritts weiterzuschreiten. Die Wünsche der Angestellten und Arbeiter auf Besserstellung fänden im Rahmen des Erreichbaren immer ein williges Ohr. Ohne politische Tendenz müsse man auf das Wohlergehen aller Glieder des Gemeinwesens hinarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Bergmann glaubt, daß mit der von Stadtv. Kolb beanstandeten Vertretung einer Partei im Stadtverordneten-Vorstand, die nahezu zur Bedeutungslosigkeit gesunken sei, er gemeint sei, und will wenigstens, so lange er noch Stadtverordneter ist, diese Gelegenheit zur Aussprache benutzen. Obwohl hier schon für das Schulwesen mit munitifischer Hand gesorgt sei, vermisse er eine Tageschulhandelschule, die den kaufmännischen und industriellen Kreisen gut ausgebildete Kräfte unmittelbar zuführe. Bei Darstellung der Rentabilität einzelner städtischer Unternehmungen im Gemeindebudget solle man mit der Gepflogenheit brechen, rein produktive Ausgaben wie Kapitalabtragungen an die Stadtkasse als Zuschüsse zu buchen, worunter man im kaufmännischen Leben einen Verlust verstände. (Zuruf: Sehr richtig!) Ebenso sollte bei den Ablieferungen entsprechender Vermert über den Gewinn, der sich ergäbe, wenn keine Kapitalabtragungen stattgefunden hätten, aufgenommen werden. Redner begrüßt die Gehalts- und Lohnaufbesserungen und erklärt, daß sich auch im Stadtv.-Vorstand gewichtige Bedenken gegen die Unterscheidung in der Bezahlung der Arbeitskräfte nach Ledigen und Verheirateten erhoben hätten. Seinen früher alljährlich gestellten Antrag auf einen Zuschuß für das christliche Kartell halte er jetzt nicht mehr aufrecht, nachdem man auch den Betrag für das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell gestrichen habe. Dagegen solle man womöglich den Zuschuß für den auf neutralem Boden stehenden Volksbildungsverein erhöhen. Den Wünschen der Lehrerschaft möge man möglichst entgegenkommen.

Stadtv. Kirchenbauer verweist auf die bedrängte Lage der Hausbesitzer. Die Mietzinsen seien in den letzten Jahren um 15—20 Prozent zurückgegangen. Er bedauere, wenn die Kosten der ersten Lebenswerten Schwemmanalysation in der Hauptsache wieder auf die Schultern der Hausbesitzer abgeladen würden. Für diese habe auch die neue Vermögenssteuer die bedenklichsten Folgen, zumal gerade diejenigen, die die meisten Schulden haben, dadurch am schwersten getroffen würden. Zum mindesten solle man dafür sorgen, daß bei den Gemeindeumlagen Schuldenabzug erfolge. (Zuruf vom Bürgermeistertisch: Das Gesetz ist schon fertig!) Gegen eine Wertzuwachssteuer auf unüberbautes Gelände habe auch er nichts einzuwenden.

Stadtv. Wilhelm Weiß wünscht zur Erschließung neuer Einnahmequellen der Gemeinde eine Erhöhung der Warenhaussteuer und zwar in dem Umfang, wie die Warenhäuser die Geschäftswelt schädigen. Produktive Unternehmungen, wie Gas- und Elektrizitätswerk sollten leistungsfähiger gemacht werden durch stärkere Verwendung elektrischen Stroms zur Beleuchtung und des Gases zu Heizzwecken, womit man gleichzeitig eine Befreiung von Ruß und Rauch erreiche. Gehälter und Löhne städtischer Angestellter brauche man nicht so viel aufzubessern, wenn die Stadtverwaltung das ihre tue, um die Lebensmittelpreise nicht zu steigern, insbesondere dafür Sorge, daß die Fleischpreise in richtiges Verhältnis zu den Viehpreisen kämen. Ein geeignetes Mittel sei auch die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit. Die Rücksichtnahme des Stadtrats auf die Geschäftswelt bei seiner Stellungnahme zur englischen Arbeitszeit sei dankenswert. Bei Arbeitsvergebungen müsse den Bedürfnissen der hiesigen Geschäftswelt mehr Rechnung getragen werden. Gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen Majoritätsprinzip nähmen sich deren Rechtsansprüche auf Stadtratsitze eigenartig aus. Aus Zweckmäßigkeitsgründen könne man ihnen zwar einen Sitz einräumen, müsse aber dann dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie auf legalem Wege überhaupt aus den städtischen Kollegien verschwinde.

Stadtv. Willi wendet sich gegen die Ausführungen des Oberbürgermeisters in der Frage der Maßregelung eines Gemeindegewerksarbeiters. Er wolle dahin gestellt sein lassen, wer von jenem Gemeindegewerksarbeiter angelogen worden sei. Er, der Redner habe s. Zt. nur geschwiegen, um nicht die Existenz einer Familie zu zerstören. Gegenüber dem angeblich so unschuldigen Verhalten des Stadtrats zu der Organisation der Gemeindegewerksarbeiter müsse er auf das s. Zt. an die Straßenbahnarbeiter ergangene Verbot, sich anzuschließen, hinweisen. Die Furcht eines großen Teils der städtischen Arbeiter, sich dieser Organisation anzuschließen, sei auf die Einwirkungen gewisser Betriebsbeamten in den städtischen Werken zurückzuführen, denen der Stadtrat entsprechende Instruktion zu teil werden lassen solle. Wenn die einzelnen Stadträte

in ihren Parteien für eine Vertretung der Sozialdemokraten in den Stadtrat eintreten würden, so wäre diese Forderung längst erfüllt. Für die Sozialdemokratie, die doch bereit sei, mitzuarbeiten, sei dieser Ausschluß ein recht dankbares Agitationsmittel. Wenn die Sozialdemokraten über eine Maßnahme der städtischen Verwaltung eine falsche Auffassung hätten, so sei daran jener Ausschluß schuld. Bei der Abgabe des Stadtgartens an das Gewerkschaftskartell habe die Beschränkung in der Zahl der Mitglieder und das Verbot der Einführung von Kinderwagen eine ungleiche Behandlung gegenüber anderen Fällen dargestellt. Die Entziehung des Zuschusses zu den Fortbildungskursen des Gewerkschaftskartells sei unbegründet. Daran, daß die Gewerkschaften selbständige Organisationen seien, die unabhängig von der Sozialdemokratie seien, habe die Mannheimer Tagung nichts geändert. Auch vorher seien die Führer der Gewerkschaften Sozialdemokraten gewesen. Das Paktieren beider beruhe darauf, daß die Arbeiter sich in vielen Fragen allein auf die Sozialdemokraten verlassen könnten. In den genannten Kursen seien nur Gegenstände behandelt worden, die nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hätten. Gegenüber dem dort von Arbeitern betätigten Fleiß sei die Entziehung des Zuschusses nicht am Platz. Die Sozialdemokratie habe sich zwar allerdings dagegen gewehrt, daß diese Einrichtung des Gewerkschaftskartells ohne Grund von dem Volksbildungsverein übernommen worden sei; richte dagegen die Stadtverwaltung solche Kurse ein, so werde die Sozialdemokratie keinen Boykott eintreten lassen. Die Arbeiteraufbesserungen seien nicht ausreichend gegenüber der Lebensmittelverteuerung. Redner wünscht rascheres Tempo bei Einführung der 8stündigen Arbeitszeit im Gaswerk und bittet, die für die Lohnaufbesserungen gestellte Voraussetzung, daß der Arbeiter bereits ein Jahr im städtischen Dienst sei, fallen zu lassen. Die drohenden Schiffahrtsabgaben seien eine ernste Gefahr für die Industrie; daher müßten die Arbeiter gegen die Einführung protestieren.

Oberbürgermeister Siegrist: Den Ausführungen des Stadtv. Willi über die Schiffahrtsabgaben könne er nur zustimmen. Dagegen irre der Vorredner, wenn er annähme, daß bei der Gewährung der außerordentlichen diesjährigen Zulagen auch bei den Arbeitern eine gewisse Karenzfrist eingehalten werden solle, vielmehr werde nur bei den erst kurz im Dienst der Stadt befindlichen Beamten die Zulage nicht gewährt werden. Daß die Feuerhausarbeiter im Gaswerk die 8stündige Arbeitszeit noch nicht hätten, daran sei allein schuld der Umstand, daß die maschinellen Anlagen zur Kohlenförderung, die längst bestellt seien, infolge Streiks in der Fabrik des Lieferanten, noch nicht geliefert werden konnten. Wenn der Stadtrat die Besucherzahl beim Gewerkschaftsfest auf 4000 beschränkt habe, bei der Johannisfeier dagegen nicht, so seien dies doch auch ganz verschiedene Dinge. Dem Gewerkschaftskartell werde nur ein Teil des Gartens überlassen, während bei einer Johannisfeier den Besuchern der ganze Stadtpark zur Verfügung stehe, ganz abgesehen davon, daß in diesem Fall von allen Besuchern ein erhöhtes Eintrittsgeld erhoben werde, während das Gewerkschaftskartell freien Eintritt gehabt habe.

Stadtv. Kolb wendet sich gegen Stadtv. Weiß, er wolle ihm nicht wünschen, daß er so alt werde, bis sein Wunsch, daß keine Sozialdemokraten mehr hier seien, sich erfülle. Stadtrat Weiß sollte es unterlassen, in dieser Weise, wie er es getan, gegen seine Partei loszuziehen, er habe sich stark nach rechts gemauert; früher habe er mindestens ebenso heftige Angriffe, wie er, auf die Stadtverwaltung erhoben, als er noch im „Landesboten“ mitarbeitete, sich sogar dazu verfliegen, zu schreiben, die Stadtverwaltung sei eine Affekuranz auf Gegenseitigkeit. Wenn seine Partei die Arbeiter so terrorisierte, wie Stadtrat Weiß es geschildert, so würden die Arbeiter seine Parteigenossen nicht mehr wählen, so dumm seien sie nicht. Die Arbeiterausschüsse, zu denen das Wahlrecht erst mit 30 Jahren beginne, könnten die Wünsche der Arbeiter nicht so vertreten, wie die Arbeiter von ihrer Vertretung es erwarten müßten. Wenn vorher der Oberbürgermeister behauptet habe, die letzte Gemeindegewerksarbeiterversammlung sei von sozialdemokratischer Seite einberufen worden, so sei festzustellen, daß es vielmehr die hiesige Filiale des Gemeindegewerksverbandes gewesen sei.

Oberbürgermeister Siegrist: Nach dem Zugeständnis des Stadtv. Willi seien doch die Gewerkschaften sozialdemokratisch. Seine Behauptung werde daher durch die Ausführungen Kolbs nicht widerlegt.

Stadtrat Weiß: Vor 25 und 30 Jahren habe er anders gedacht als jetzt, er scheue sich durchaus nicht, das zuzugeben. Er nähme das Recht für sich in Anspruch, seine Meinung zu korrigieren, auch sozialdemokratische Größen hätten das schon getan. Nach Meinung der Sozialdemokratie sei eine Links-Mauferung verdinglich, wenn aber einer sich nach rechts entwickle, dann habe er seine frühere Ueberzeugung mit Füßen getreten. Dafür, daß er im „Landesboten“ früher die Stadtverwaltung heftig angegriffen, solle Stadtv. Kolb zunächst einmal den Beweis antreten. In den wenigen Artikeln, die er geschrieben, habe er mit lautem Mitteln gekämpft. Daß die Arbeiter erst mit dreißig Jahren in den Ausschuß gewählt werden können, sei schon darin gerechtfertigt, daß Anfänger die Verhältnisse der einzelnen Betriebe gar nicht beurteilen könnten. Daß die Sozialdemokratie die Arbeiter terrorisiere, das wisse er aus Erfahrung. Es sei am schwersten für den Arbeiter auf dem Bau, in der Fabrik oder Werkstatt seine Meinung zu sagen, wenn er nicht Sozialdemokrat sei.

Hierauf wird die Fortsetzung der Verhandlung auf Donnerstag den 25. d. Mis., nachmittags 3 Uhr vertagt.